## **Inhaltsverzeichnis**

Die A Abkü	vort	13 15
1	Gegenstand und Ziele des Gesetzes	23
2	Inhalt des Gesetzes	25
2.1	Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz	25
2.2	Änderungen des GWB und des WRegG	25
2.3	Änderung des BetrVG	26
3	Anwendungsbereich des Gesetzes	29
3.1	Rechtsträger des Unternehmens	29
3.2	Hauptverwaltung, Hauptniederlassung, Verwaltungssitz oder satzungsmäßiger Si	tz
	im Inland	
3.3	Anzahl an Arbeitnehmern	
	3.3.1 Ermittlung der Arbeitnehmerzahl	
	3.3.2 Berücksichtigung von Leiharbeitnehmern	
3.4		
	3.4.1 Berechnung der Arbeitnehmerzahl einer Tochter- oder Schwestergesellschaft	
	3.4.2 Berechnung der Arbeitnehmerzahl bei der Mutter- bzw. Obergesellschaft	
	3.4.3 Berechnung der Arbeitnehmerzahl bei nicht operativen Obergesellschaften	
	3.4.4 Mehrere verpflichtete Unternehmen innerhalb eines Konzerns	
3.5	Zweigniederlassungen	37
4	Begriffsbestimmungen	39
4.1	Geschützte Rechtspositionen	39
4.2	Menschenrechtliches oder umweltbezogenes "Risiko"	53
4.3	Die Lieferkette	
	4.3.1 Zum "Downstream"-Bezug	
	4.3.2 Zulieferer von "Hilfsmaterialien"	57
4.4		
	4.4.1 Grundsätzlich: Der eigene Geschäftsbereich im engeren Sinne	
	4.4.1.1 Unternehmerische Tätigkeiten	
	4.4.1.2 Betriebs- und Produktionsstätten	61



	4.4.2	Eigener Geschäftsbereich im weiteren Sinne (verbundene Unternehmen)	62
		4.4.2.1 Die Ausübung eines "bestimmenden Einflusses"	63
		4.4.2.2 Sonderfall: Produktionsstätten im Ausland ohne Bezug zur inländischen	<b>C</b> 4
		Lieferkette	64
		4.4.2.3 Behandlung von unmittelbaren Zulieferern einer Tochtergesellschaft	65
4.5	Unmit	telbarer Zulieferer	66
4.6	Mittel	barer Zulieferer	67
4.7	Substa	ntiierte Kenntnis	68
	4.7.1	Umfang der Kenntnis	68
	4.7.2	Voraussetzungen der Kenntnisnahme	70
	4.7.3	Kenntnis nehmende Personen	70
		4.7.3.1 Wissensvertreter	70
		4.7.3.2 Funktionaler Vertreterbegriff	71
		4.7.3.3 Externe Personen	73
		4.7.3.4 Privates Wissen	73
4.8	Anger	nessenheit	74
5	Umf	ang der Sorgfaltspflichten	79
5.1		altspflichten in Bezug auf den eigenen Geschäftsbereich (Übersichten)	81
5.2	_	altspflichten in Bezug auf unmittelbare Zulieferer (Übersicht)	82
5.3	•	altspflichten in Bezug auf mittelbare Zulieferer (Übersicht)	83
J.J			
6		etzung der Sorgfaltspflichten	85
6.1	Risiko	management	86
	6.1.1	Einbettung des Risikomanagements in ein Compliance-Management-System	87
	6.1.2	Verfassen eines Menschenrechtshandbuches	88
	6.1.3	Einbezug von Interessenträgern und Mitarbeitern	88
	6.1.4	Wirksamkeitsüberprüfungen	89
6.2	2 Betriebsinterne Zuständigkeit		90
	6.2.1	Zuständigkeit für die Umsetzung der Sorgfaltspflichten	91
	6.2.1 6.2.2	Zuständigkeit für die Umsetzung der Sorgfaltspflichten	92
		Zuständigkeit für die Überwachung des Risikomanagements	92 93
		Zuständigkeit für die Überwachung des Risikomanagements	92 93 95
6.3	6.2.2	Zuständigkeit für die Überwachung des Risikomanagements	92 93 95 98
6.3	6.2.2	Zuständigkeit für die Überwachung des Risikomanagements 6.2.2.1 Der/Die Menschenrechtsbeauftragte 6.2.2.2 Aufgaben und Berechtigungen analyse Risiken ermitteln und bewerten	92 93 95 98 99
6.3	6.2.2 Risiko	Zuständigkeit für die Überwachung des Risikomanagements 6.2.2.1 Der/Die Menschenrechtsbeauftragte 6.2.2.2 Aufgaben und Berechtigungen analyse Risiken ermitteln und bewerten 6.3.1.1 Risikoermittlung	92 93 95 98 99
6.3	6.2.2 Risiko	Zuständigkeit für die Überwachung des Risikomanagements 6.2.2.1 Der/Die Menschenrechtsbeauftragte 6.2.2.2 Aufgaben und Berechtigungen analyse Risiken ermitteln und bewerten 6.3.1.1 Risikoermittlung 6.3.1.2 Risikobewertung	92 93 95 98 99 99
6.3	6.2.2 Risiko	Zuständigkeit für die Überwachung des Risikomanagements 6.2.2.1 Der/Die Menschenrechtsbeauftragte 6.2.2.2 Aufgaben und Berechtigungen analyse Risiken ermitteln und bewerten 6.3.1.1 Risikoermittlung 6.3.1.2 Risikobewertung Risiken gewichten und priorisieren	92 93 95 98 99 99 99
6.3	6.2.2 Risiko 6.3.1	Zuständigkeit für die Überwachung des Risikomanagements 6.2.2.1 Der/Die Menschenrechtsbeauftragte 6.2.2.2 Aufgaben und Berechtigungen analyse Risiken ermitteln und bewerten 6.3.1.1 Risikoermittlung 6.3.1.2 Risikobewertung	92 93 95 98 99 99 103 105

6.4	Besch	werdever	fahren	107
	6.4.1	Ausgesta	altung des Beschwerdeverfahrens	107
	6.4.2	Schaffun	g eines Streitbeilegungsmechanismus	110
6.5	Grund	satzerklä	rung zur Menschenrechtsstrategie	111
	6.5.1		weck und gesetzliche Anforderungen	
	6.5.2		Praxishinweise	
6.6			ßnahmen	
0.0	6.6.1		Minimieren und Verhindern	
	6.6.2		onsmaßnahmen in Bezug auf den eigenen Geschäftsbereich	
	0.012		Umsetzung der Menschenrechtsstrategie: Unternehmensverhaltenskodex (Code of Conduct)	
		6622	Entwicklung und Umsetzung geeigneter Beschaffungsstrategien und	110
		0.0.2.2	Einkaufspraktiken	117
		6.6.2.3	Schulungen	
			Kontrollen	
	6.6.3		onsmaßnahmen in Bezug auf unmittelbare Zulieferer	
			Auswahl von Zulieferern	
			Vertragsgestaltung	
			Vertragliche Kontrollmechanismen	
			Verhaltenskodex für Zulieferer	
			Schulungen und Weiterbildungen	
6.7	Abhilf		nmen	
	6.7.1		Beenden	
	6.7.2		naßnahmen im eigenen Geschäftsbereich	
	6.7.3	Abhilfemaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern		
		6.7.3.1	Terminiertes Konzept zur Beendigung oder Minimierung mit weiteren Maßnahmen	132
		6.7.3.2	Korrekturmaßnahme-Plan	
		• ,	Zusammenschluss mit weiteren Unternehmen	
			Aussetzung der Geschäftsbeziehungen	
			Abbruch der Geschäftsbeziehungen	
6.8	Soraf		sten in Bezug auf mittelbare Zulieferer	
0.0	6.8.1	Reschwe	erdeverfahren	139
	6.8.2		nalyse	
	6.8.3		ionsmaßnahmen	
	0.0.5		Kontrollmaßnahmen	
			Unterstützungsleistungen	
			Brancheninitiativen	
	6.8.4		naßnahmen	
			ierung der Grundsatzerklärung zur Menschenrechtsstrategie	

6.9	Dokum	nentation und Berichterstattung	145
	6.9.1	Betriebsinterne Dokumentation	145
	6.9.2	Der Jahresbericht	
		6.9.2.1 Gesetzliche Anforderungen	
		6.9.2.2 Inhalt des Jahresberichts	
	6.9.3	Weitere Dokumente	
	6.9.4	Zusammenfassung der Dokumente und Dokumentationspflichten	149
7		mationsorganisation und IT-Lösungen	
7.1	Inform	ationsorganisation	151
7.2	Anford	lerungen an IT-gestützte Management- und Analysetools	151
8	Fazit	: In 6 Schritten zur Umsetzung des LkSG im	
	Unte	rnehmen	153
8.1	Schritt	t 1: Betriebsinterne Zuständigkeiten festlegen und Status quo ermitteln	153
8.2	Schritt	t 2: Anforderungsprofil erstellen	154
8.3	Schritt	t 3: Risiken priorisieren	154
8.4		t 4: Unternehmensinterne Maßnahmen Umsetzen	
8.5	Schritt	t 5: Externe Maßnahmen umsetzen	155
8.6		t 6: Jahresbericht und Beginn des sich wiederholenden Umsetzungsprozesses	
9	Die l	besondere Prozessstandschaft	157
9.1	Die Vo	oraussetzungen der Prozessstandschaft nach § 11 Abs. 1 LkSG	157
	9.1.1	Grundsätzlich	
	9.1.2	Geltendmachung der Verletzung in einer überragend wichtigen geschützten	
		Rechtsposition	
	9.1.3	Einschränkung der Prozessstandschaft	
9.2	Mater	iell-rechtliche Haftung	160
10		rolle und Durchsetzung	
10.1	Zustär	ndige Behörde	161
		Das BAFA	
	10.1.2	Handreichungen und Rechenschaftsberichte	162
10.2		tsprüfung	
		Einreichung des Jahresberichts	
	10.2.2	Behördliche Berichtsprüfung	163
10.3		basierte Kontrolle	
	10.3.1	Behördliches Tätigwerden	
		10.3.1.1 Tätigwerden nach pflichtgemäßem Ermessen	
		10.3.1.2 Tätigwerden auf Antrag	164

	10.3.2	Behördliche Eingriffsrechte	166
		10.3.2.1 Maßgaben für die Ausübung der behördlichen Eingriffsrechte	
		10.3.2.2 Allgemeines Eingriffsrecht	
		10.3.2.3 Die speziellen Eingriffsrechte	
10.4	Duldu	ngs- und Mitwirkungspflichten	
11	Zwai	ngs- und Bußgelder	171
		at und Inhalt der Ordnungswidrigkeiten	
		Idvorschriften	
11.2	_	Bußgeldhöhe	
		Bußgeldkatalog	
		Bußgeldbemessung nach Jahresumsatz	
		Bemessungsgrundlagen bei juristischen Personen und Personenvereinigungen	
11.3	Ausscl	nluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge	178
11.4	Zwang	sgelder	179
12	Auch	liek, Conlantor Ell Bochtsakt zu Sorafaltenflichten in der	
12		olick: Geplanter EU Rechtsakt zu Sorgfaltspflichten in der Erkette	181
42.4		form, Regelungskompetenz der EU und Zeitplan	
12.2		gste inhaltliche Unterschiede zum deutschen LKSG	
		Stärkerer Umweltbezug und ausdrückliche Erfassung von Korruptionsbekämpfung in der EU-Richtlinie	
	1223	Sorgfaltspflichten auch für Downstream-Bereich	
		Beteiligungsrechte Betroffener	
		Zivilrechtliche Haftung und Safe-Harbour-Regelung	
		Öffentlich-rechtliche Sanktionen	
12.3		rkungen der EU-Richtlinie auf das LkSG und Handlungsempfehlung	
Anł	nang	I: Checkliste zur Umsetzung des LkSG	187
		lla: Zeitplan zur Umsetzung des LkSG (1. Januar 2023)	
Anł	nang	IIb: Zeitplan zur Umsetzung des LkSG (1. Januar 2024)	191
Anl	nang	III: Aufbau des Menschenrechtshandbuches	192
Anł	nang	IV: Checkliste Zuliefererauswahl	194
Anł	nang	V: Vertragsklauseln (Beispiele)	195
Anl	nang	VI: Aufbau des Verhaltenskodex für Zulieferer	198

Anhang VII: Aufbau des Jahresberichts	200
Anhang VIII: Informationsquellen	202
Anhang IX: Gesetzestext (Deutsch)	203
Anhang X: Gesetzestext (Englisch)	220
Stichwortverzeichnis	237